

war von den HH. H a r t u n g , R ö r i g , R e i c k e , H e y m a n n , S t i e v e und B r a c k m a n n eingebracht und gezeichnet worden. In der Sitzung vom 12. Juli 1945 waren die HH. H a r t u n g , S t r o u x und B a e t h g e n anwesend. Sowohl Hr. S t r o u x , wie Hr. H a r t u n g , die beide kaum 8 Monate vorher voll und ganz für die Wahl des Hrn. M a y e r eingetreten waren, und auch für ihn gestimmt hatten, haben - obwohl sich in dieser Zeitspanne in der Stellung und in der Haltung des Hrn. M a y e r nichts geändert hatte , jetzt für den Ausschluss stimmten (muss wohl heissen: gestimmt), ebenso wie Herr B a e t h g e n , weil sie alle Hrn. M a y e r politisch jetzt plötzlich als untragbar bezeichneten und ihn für einen Aktivisten erklärten, ohne dafür irgendwelches Beweismaterial vorlegen zu können. Es darf nicht unterlassen werden, hier anzumerken, dass Herr S t r o u x auf Grund seines politischen Verhaltens vor 1945 heute - jedenfalls in der amerikanischen Besatzungszone - nicht in seinem Amt sein würde, auch nicht als Hochschullehrer. Dafür können, falls das von Erheblichkeit sein sollte, nähere Angaben gemacht und Beweisunterlagen beigebracht werden.

Hr. S t r o u x vertrat nun den Standpunkt, dass mit dem Ausschluss des Hrn. M a y e r aus der Akademie auch dessen Tätigkeit als Präsident des Reichsinstituts ihr Ende gefunden habe, obwohl beide Dinge nichts miteinander zu tun haben, denn das Reichsinstitut unterstand nicht der Akademie, und gehörte auch sonst nicht zu deren Geschäftsbereich.

In der Sitzung vom 19. Juli 1945 machte dann Hr. H a r t u n g (zu der Zeit kommissarischer Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse) Mitteilung über einen Zusammenschluss der geschichtsforschenden Kommissionen, soweit diese in Berlin ihre Residenz hatten. Dazu sollten Zustimmung und Vollmacht des Magistrats eingeholt werden. An sich war diese Massnahme zweckmässig und den politischen Zeitbedürfnissen entsprechend, damit Organisationen, die einer NS-Organisation zugehört hatten, (wie z.B. das Geschichtsinstitut der DAF., dessen Unterabteilung "Mittelalter", wenn ich recht unterrichtet bin, Hr. B a e t h g e n leitete) nicht mehr selbständig weiterarbeiten konnten. Hätte sich diese Massnahme gegenüber dem Reichsinstitut - das einbezogen werden sollte - lediglich als eine Art treuhänderische Fürsorge dargestellt, wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen, und Professor S c h e e l hätte dann auch ohne Bedenken die ihm zustehenden Vertretungsbefugnisse an einen von der Akademie zu benennenden Leiter des Reichsinstituts abgegeben. So hat er das nicht tun können.

In Verfolg der Beschlüsse in der Akademiesitzung vom 19. Juli machte Hr. S t r o u x in der Sitzung vom 23. August 1945 Mitteilung von einem Antrag der umgebildeten und neugebildeten historischen Kommission der Akademie, der die Monumenta Germaniae Historica betraf. Dieser Antrag wurde aber zunächst zur Beratung und Beschlussfassung an die Philosophisch-historische Klasse überwiesen.

Auf Vorschlag von Hrn. S t r o u x fassten die (auch weiterhin nicht beschlussfähigen) Mitglieder der Akademie in der Sitzung vom 13. September 1945 (es waren 17 Mitglieder anwesend) einen Beschluss folgenden Wortlautes :

"... Hierauf stellt der Präsident den Antrag der neugebildeten Historischen Kommission insoweit zur Abstimmung, als er die Übernahme der Monumenta Germaniae Historica zum Gegenstand hat. Diese benötigte eine feste Leitung für Personal und Material und hätten von jeher mit der Akademie in engster Verbindung gestanden. Die Leitung soll Hrn. B a e t h g e n übertragen werden.

Das Plenum stimmt zu."

Dieser Beschluss, mit dem Hr. S t r o u x eine vollendete Tatsache schaffen wollte, ist selbstverständlich rechtsungültig, weil die Akademie überhaupt keinerlei Rechtstitel hat und nicht zuständig ist, über das Reichsinstitut eine Entscheidung zu treffen, jedenfalls nicht, ohne vorher die Zustimmung des Kontrollrates einzuholen. Dies hätte aber geschehen müssen, weil das Reichsinstitut in der amerikanischen Zone seinen Sitz hatte. Über die Tatsache, dass Professor S c h e e l die Vertretung der Berliner Reststelle in